

formulierte drastischer, was ein vitales Argument im Wahlkampfprogramm der SPD sein müsste: Europa wird sozialdemokratisch sein – oder es wird nicht sein.

Dies wissen die sozialdemokratisch inspirierten Geister in der CDU (wie Ministerpräsident Rüttgers) so genau wie die aufgeklärten unserer Genossen. Ein europäisches Programm garantierte überdies eine solide ideelle Basis, wenn die Fortset-

zung der Großen Koalition unumgänglich sein sollte. Vor allem: Ein sozialdemokratisches Europa sorgte für die notwendige Abgrenzung gegen die Neo-Nationalismen von links und von rechts. Die »Neue Mitte« der SPD ist in Europa verankert, Merkels »Alte Mitte« schwebt zuweilen noch in nationalstaatlichen Souveränitäts-Illusionen, von denen sich die Geschichte in Wahrheit verabschiedet hat. Gottlob.

*Monika Griefahn*

## Eine europäische Aufgabe mit mehreren Dimensionen

### Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik

*Von der Verabschiedung der Europäischen Kulturkonvention 1954 bis zur »Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« hat die Union auf diesem Feld einen weiten Weg zurückgelegt. Klar ist heute, dass zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben die Kultur als tragende Säule existenziell wichtig ist. Das Projekt »Kulturhauptstadt« spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der Beitrag entstand in Zusammenarbeit mit Edda Rydzy und Olaf Schwencke.*

Man muss im doppelten Sinne auf Abstand gehen, wenn man über europäische Kultur und Kulturpolitik nachdenkt.

Abstand im räumlichen Sinne ist nötig, um zu erkennen, dass es das gibt, was immer noch zum Teil heftig bestritten wird: eine von anderen Kulturen der Erde deutlich unterschiedene und unterscheidbare europäische kulturelle Identität. Vielfalt und Buntheit sind nur eines ihrer Merkmale.

Abstand im zeitlichen Sinne erlaubt, die Entwicklungen zu erkennen und zu beurteilen, die europäische Kultur und Kulturpolitik in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben. Ganz zweifellos ist seit den ersten Integrationsbemühungen, die wesentlich auch auf kulturellen Überzeugungen fußten, ein weiter Weg zurückgelegt worden. Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges stand die Besinnung auf das gemeinsam geteilte humanistische Erbe im Mittelpunkt. Dass es gemeinsam



**Monika Griefahn**

(\* 1954) MdB, ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien sowie für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für die SPD-Fraktion.

[monika.griefahn@bundestag.de](mailto:monika.griefahn@bundestag.de)

getragener und verantworteter politischer Strukturen bedarf, um den lebendigen Umgang mit diesem Erbe sowie die partnerschaftliche Entwicklung einer modernen europäischen Kultur zu verhandeln und zu regeln, war damals noch außerhalb der Sichtweite. Nach der Verabschiedung der Europäischen Kulturkonvention als erster bedeutender Kulturinitiative des Europarats vergingen fast vier Jahrzehnte, bis 1992 mit dem Vertrag von Maastricht Kultur Eingang in die Gesetzestexte der Europäischen Union gefunden hat.

Eine Vielzahl von Entwicklungen – Internet und digitale Kommunikation, Erhöhung der Mobilität durch Massentourismus und Billigflieger, Einführung des Euro, Erweiterung der Europäischen Union um die mittel-ost-europäischen Länder, verstärkte Auseinandersetzung mit gesellschaftlich existenziellen Fragen im Kontext von Globalisierung und Umweltbedrohung, verstärkte Migrationsbewegungen, Wirkungen europäischer Förderprogramme für Kultur und Bildung, Dynamik der Kulturwirtschaft und *creative industries* – haben zu einem sich rasch beschleunigenden komplexen Prozess geführt, in dem sowohl die Anzahl grenzüberschreitender kultureller und kulturpolitischer Projekte und Aktionen als auch die wechselseitigen Interdependenzen zunehmen.

### **Kulturelle Anstrengungen sind unerlässlich**

So widersprüchlich die Vorschläge zum Umgang mit den vielfältigen Aspekten dieses Prozesses bisweilen sein mögen, der aus ihm resultierende Handlungsdruck und Handlungsbedarf wird allgemein gesehen und gespürt. Gleichzeitig wächst unter den Exponenten der Europäischen Union seit Jahren das Bewusstsein dafür, dass zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben der EU kulturelle Anstrengungen unerlässlich sind. Die Europäische Kommission ist 2007 mit ihrem Vorschlag für eine »Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« in bis dahin nie da gewesener Weise kulturpolitisch aktiv geworden; sie zielt im Kern auf die Förderung der kulturellen Vielfalt und den interkulturellen Dialog, auf Kultur als Katalysator von Kreativität (im Rahmen des Lissabon-Prozesses) und auf die Intensivierung der kulturellen Anstrengungen im Kontext der EU-Außenpolitik. Hinzu kommt die Vielzahl von Herausforderungen, denen die europäische Kultur/Kulturpolitik als enges, mit Kunst

befasstes Ressort gegenüber steht – man denke nur an GATS, an die Regelung von gebietsübergreifenden Lizenzierungen, an Künstlermobilität, interkulturellen Austausch, die aus der UNESCO-Vielfaltskonvention rührenden Aufgaben ... die Kette ließe sich lange fortsetzen.

Ein Einzelner kann die drängende Fülle von dringlich zu erledigender Arbeit kaum noch überblicken. Die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages für Kultur in Deutschland hat in ihrem Schlussbericht allein direkt das Europakapitel betreffend 33 Empfehlungen formuliert. Hinzu kommen weitere, die z.B. unter anderem dem Kulturwirtschaftskapitel zugeordnet sind. Obwohl die Gruppe um Steffen Reiche sich erfolgreich dafür engagiert hat, dass entsprechende parlamentarische Schritte sehr zeitnah unternommen wurden, bleibt die Frage: Wer behält jetzt die Realisierung der Empfehlungen und die praktischen Konsequenzen im Blick?

### **Europa ist schwer vermittelbar**

Gerhard Sabathil, bis 2008 Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, stellt in einem Konferenzbeitrag fest, Europa sei schwer vermittelbar. Damit hat er recht. Wer außer Experten und unmittelbaren Teilnehmern EU-geförderter Projekte nimmt Programme wie *Erasmus* oder *Kultur 2007* oder die vielen anderen überhaupt wahr? Mindestens so schwer wie die Kommunikationsprobleme in Richtung der Masse der europäischen Bürgerinnen und Bürger wiegt aber, dass Europa unter und zwischen Politikern, Institutionen, engagierten Aktivistinnen sowohl auf der europäischen Ebene selbst als auch zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten schwer verhandelbar ist. Zeugnis davon legt z.B. der Beschluss des Europäischen Parlaments zur von der Kommission vorgeschlagenen Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung ab. Dort wird

in 32 Punkten festgestellt, warum Kultur wichtig ist. Es folgen weitere 82 Punkte mit konkreten Aufforderungen an die Europäische Kommission. Abgesehen davon, dass die himmelschreiend grundlegende und nunmehr seit Jahrzehnten verdrängte Frage der Finanzierung gemeinsam verantworteter europäischer Kultur fast schamhaft an 49. und 70. Stelle erwähnt wird, erweckt der vom Parlament verabschiedete Text eher den Eindruck einer Addition von Einzelwünschen als den, das Ergebnis einer mit Schwerpunkten und Prioritäten geführten Diskussion zu sein. Der Text ist ungegliedert und in gewisser Weise Spiegelbild der Unübersichtlichkeit, Unstrukturiertheit und Verwirrtheit, des oft unvermittelten Nebeneinander der europäischen Kulturverhältnisse.

**Aktivierende Kulturpolitik:  
Das Beispiel Ruhr 2010**

So wichtig und richtig der Vorstoß war, den die Kommission mit der Agenda unternommen hat: bislang ändert er wenig an

den ungelösten strukturellen Fragen der Europäischen Union, die sich unter anderem als schwere Kommunikationsprobleme äußern, und er unterschätzt immer noch die Kraft, die aus Kultur erwachsen kann, wenn Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik betrieben wird.

Man darf nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass mit der europäischen Kulturhauptstadt *Ruhr 2010* in diesen Jahren etwas stattfindet, das längst mehr ist als nur ein Laborversuch. »Feldversuch« wäre wohl richtiger. Es wurden und werden dort Aufgaben gelöst, die auch von Europa im ganzen gelöst werden müssen:

*Erstens:* Quer durch die Bevölkerung, durch politische, kulturelle und Bildungsinstitutionen, durch kommunale Vertretungskörperschaften und Wirtschaftsunternehmen wurde und wird die Frage verhandelt: Wo stehen, wer sind wir heute? Wo und wie wollen wir in zwanzig Jahren sein?

*Zweitens:* Es wurden Kommunikations-, Entscheidungs- und operative Strukturen geschaffen, die es möglich machen, mit vier politischen Ebenen, 53 Kommunen, mit mehreren hundert Kulturinsti-

tutionen, mit weit über hundert Partnerstädten gemeinsam nicht nur Ziele zu formulieren, sondern diese auch in die Praxis umzusetzen.

*Drittens:* Es ist gelungen, von soziokulturellen Zentren bis hin zu *global players* gesellschaftliche Kräfte für die Lösung von Zukunftsaufgaben wie Renaturierung, Transformation, interkultureller Dialog, kulturelle Bildung, interreligiöser Dialog, Gewährleistung von Mobilität, Schaffung von Arbeitsplätzen usw. zu mobilisieren.

Im Kontext von *Ruhr 2010* werden etwa 400 Millionen Euro bewegt. Das heißt, dass es auch gelungen ist, im besten Sinne *Win-Win*-Situationen zwischen gesamtgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Interessen herzustellen.

Für diesen Schub an Motivation, Elan, Intelligenz und Leistungskraft in einer ganzen Region gab es eine zentrale Voraussetzung: Die Bereitschaft der Kulturaktivisten und -politiker, sich die Fragen der sogenannten »harten« Politikfelder – Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Arbeit – zu eigen zu machen und zu deren Lösung gezielt und konzentriert Instrumente der Kultur einzusetzen. Oliver Scheytt, Geschäftsführer der *Ruhr 2010 GmbH*, nennt den Anspruch, nicht nur mittelbares, sondern unmittelbar praktisches *Movens* gesellschaftlicher Gestaltung sein zu wollen: aktivierende Kulturpolitik.

Diese Bereitschaft, sich offensiv und mit aller verfügbaren Fähigkeit zur Initiierung und Strukturierung gesellschaftlicher Debatten in die Formulierung praktischer europäischer Ziele zur Lösung der wichtigsten Zukunftsaufgaben einzumischen, lassen Kulturpolitiker in Europa – wie in Deutschland oft auch – leider meist vermissen. Allerdings muss sofort dazu gesagt werden: Diese Lösungen lassen sich ja – bei der Vielzahl unterschiedlichster Akteure und Bereiche, die in der Regel betroffen sind und zusammen wirken müssen – kaum allgemein beschließen und zu Papier bringen. Sie müssen konkret und in der Praxis ge-

funden werden. *Ruhr 2010* ist ein Beispiel dafür, dass es geht und wie es gehen kann.

Gerade vor diesem Hintergrund täte die Europäische Union gut daran – wie es unter anderem auch das Europäische Parlament und der Ausschuss der Regionen nahe gelegt haben – sich mit ihrem attraktivsten und symbolträchtigsten Projekt noch einmal gründlich zu beschäftigen. Gelegenheit bietet sich im Vorfeld von 2020, dem Jahr, in dem die jetzige Regelung mit den getroffenen Landeszuweisungen ausläuft. Sie fußt noch auf der ganz ursprünglichen Absicht, eine Art weithin sichtbarer Bühne für die kulturellen Eigenheiten der Länder und Regionen zu schaffen.

### **Kopplung von Kultur und Entwicklung in den Kulturhauptstädten**

Mit der zunehmenden Zahl nationaler Wettbewerbe um den Titel und mit der intensiveren Begleitung der Kulturhauptstädte durch das Monitoring europäischer Experten sind die qualitativen Anforderungen an die Titelträger bereits gewachsen. Es wäre zu überlegen, ob man sich nach 2020 nicht gänzlich von Prinzipien des Länderproporz verabschieden und die möglichen europäischen/regionalen Entwicklungsbeiträge in den Mittelpunkt stellen sollte. Die Betonung müsste auf »haupt« liegen. Eine Stadt oder Region dürfte nur dann den Titel *Kulturhauptstadt* tragen, wenn Europa in diesem Jahr von ihr das meiste darüber lernen kann, wie allgemeine Aufgaben mit den Instrumenten von Kultur gelöst werden können. Es wäre dann auch zu überlegen, ob die Europäische Union nicht eigene Aktivitäten kulturpolitischer Bildung mit den Kulturhauptstädten verbindet.

Es kann jedenfalls für die Europäische Union kaum ein erfolgversprechenderes und attraktiveres Medium der Kommunikation geben, als es die Kopplung von Kultur und Entwicklung in den Kulturhauptstädten ermöglicht.